

Westdeutschland die Herrschaft jener zu überwinden, die wie in der Vergangenheit heute erneut den Frieden in Deutschland und in Europa gefährden.

Die neue, sozialistische Gesellschaftsordnung in der DDR, die mit dem Frieden identisch ist, läßt sich mit dem überlebten System des Kapitalismus in der Bundesrepublik nicht zusammenfügen. Man muß von der historischen Tatsache ausgehen, daß Deutschland und die deutsche Nation 1949 durch die Bildung des westdeutschen Separatstaates gespalten wurden, um im Interesse des amerikanischen und westdeutschen Großkapitals eine fortschrittliche Entwicklung wenigstens in einem Teil Deutschlands aufzuhalten.

Wenn Herr Kiesinger wortreich bedauert, daß heute ein tiefer Graben die beiden deutschen Staaten voneinander trennt, so tragen dafür die gegenwärtigen Machthaber Westdeutschlands die volle Verantwortung. Sie rüsteten Westdeutschland wieder auf, traten den Pariser Verträgen bei, lieferten Westdeutschland der aggressiven NATO aus und besiegelten von sich aus die Spaltung bis zum Jahre 2005. Wir haben uns von Anfang an gegen die Bildung eines westdeutschen Separatstaates gewandt. Wir haben gegen jeden Schritt zur Vertiefung der Spaltung alles in unseren Kräften Stehende getan. Wir haben uns vor allem niemals damit abgefunden, daß in Westdeutschland die fluchbeladene Macht des Rüstungskapitals, der militaristischen Revanchepolitik und des Neonazismus restauriert wird.

Wenn es eines Tages wieder ein einheitliches Deutschland geben soll, dann kann das nur ein friedliebendes und fortschrittliches, ein demokratisches und antiimperialistisches Deutschland sein. Die Aufgabe der Gegenwart kann auch für alle christlichen Werktätigen und christlichen Humanisten nur darin bestehen, dafür die Voraussetzungen zu schaffen, indem Neonazismus und Militarismus in Westdeutschland bekämpft und schließlich überwunden werden.

Gegenwärtig erleben wir in Westdeutschland unter der Regierung Kiesinger/Strauß mit Hilfe einiger sozialdemokratischer Minister eine gefährliche Rechtsentwicklung. Die dogmatische Haltung gegenüber den wiederholten Verhandlungsangeboten der DDR-Regierung ist dabei die eine Seite. Die andere Seite ist die sich geradezu überstürzende Eile, mit der die um die großen Monopolgesellschaften gruppierten Kräfte ihre Herrschaft abzusichern bestrebt sind. Unter der Losung der „formierten Gesellschaft“ wird die Gesellschaft wieder uniformiert. Auch